

Petition des Bündnisses Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI)

Sehr geehrter Bürgermeister Scholz, sehr geehrter Senator Grote,

wir fordern die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan sowie die umgehende Wiedereinführung der Senatorenregelung oder einer ähnlichen Regelung für Afghanen.

Hamburg hat sich an der jüngsten Abschiebeaktion am 14.12.2016 beteiligt. Dies ist ein Skandal, der sich nicht wiederholen darf.

Afghanistan ist kein sicheres Land!

Die Lage in Afghanistan ist überaus instabil. Die Regierung hat ein Drittel des Landes nicht unter ihrer Kontrolle¹. Vielerorts sind die Taliban und der sogenannte Islamische Staat auf dem Vormarsch, die Taliban kontrollieren in den ländlichen Gebieten ganze Landstriche. Die Anzahl der zivilen Opfer ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen².

Ablehnung und Abschiebung von afghanischen Asylsuchenden werden oftmals mit der vermeintlichen Möglichkeit "interner Schutzalternativen" zum Beispiel in den Städten Kabul und Masar-e Sharif begründet. Aber auch diese Regionen sind nicht stabil. Dort ist kein sicheres, menschenwürdiges Leben möglich.

Rückkehrerinnen und Rückkehrer leben an den Stadtgrenzen in Zeltlagern und Slums, ohne Perspektive, ohne Zugang zu Nahrung, sauberem Trinkwasser oder medizinischer Versorgung³. Sie harren dort dicht gedrängt aus, im Winter droht ihnen bei eisigen Temperaturen der Erfrierungstod. In beiden Städten kommt es regelmäßig zu Attentaten und Bombendetonationen mit vielen Toten.⁴

Die Sicherheitslage hat sich seit Ende 2014 in allen Landesteilen verschlechtert⁵!

Die aktuellen Abschiebungen sind deshalb abgesehen von ihrer moralischen Verwerflichkeit schlicht menschenrechtswidrig⁶. Wir beobachten zunehmend, dass Asylverfahren unter Zeitdruck und ohne solide Prüfung der Umstände vollzogen werden. Die strikte Einhaltung fairer und rechtsstaatlicher Verfahren darf nicht der Angst vor Rechtspopulisten zum Opfer fallen. Menschenrechte sind keine politische Verhandlungsmasse!

Mehrere deutsche Bundesländer haben erklärt, sich nicht an Abschiebeaktionen nach Afghanistan zu beteiligen – diese klare Haltung erwarten wir auch von Hamburg. Einerseits rühmt sich Hamburg seiner gut organisierten Willkommenskultur, zeitgleich beteiligt sich der Hamburger Senat an den Abschiebungen und überlässt sieben Menschen aus Hamburg ihrem ungewissen, unsicheren Schicksal. Als Hamburgerinnen und Hamburger, sowie alle anderen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, verurteilen wir diese doppelzüngige und unserer Stadt nicht würdige Politik!

Darüber hinaus wenden wir uns gegen die Ankündigung des Bundesinnenministers, künftig auch Frauen und Kinder nach Afghanistan abschieben zu wollen. Eine solche Politik darf Hamburg nicht mittragen. Menschen, die besonders schutzbedürftig sind, wie zum Beispiel auch Angehörige von Minderheiten, und auch solche, die bereits lange in Hamburg leben, dürfen nicht in ein instabiles Land abgeschoben werden.

¹ <http://derstandard.at/2000041999296/Afghanistan-Regierung-kontrolliert-nur-zwei-Drittel-des-Landes>

² http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2016/218 S. 4 ff.

³ Welthungerhilfe: www.welthungerhilfe.de%2Fafghanistan-hilfe.html

⁴ Schweizerische Flüchtlingshilfe S. 12-13, Afghanistan: Die aktuelle Sicherheitslage, 30.09.2016;

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/taliban-verueben-anschlag-auf-deutsches-konsulat-in-masar-i-scharif>

⁵ [http://unama.unmissions.org/sites/default/files/19 october 2016 -](http://unama.unmissions.org/sites/default/files/19_october_2016_-_)

[un chief in afghanistan renews call for parties to protect civilians english.pdf](http://unama.unmissions.org/sites/default/files/protection_of_civilians_english.pdf) S.1,

http://unama.unmissions.org/sites/default/files/protection_of_civilians_in_armed_conflict_midyear_report_2016_final_rev.1-9sept.pdf S.1

⁶ <https://www.proasyl.de/news/bundesregierung-will-abschiebungen-nach-afghanistan-forcieren/>

Wir fordern den Senat daher auf, weitere Abschiebungen nach Afghanistan zu unterlassen und die Senatorenregelung für Afghanen umgehend wieder einzusetzen oder eine ähnliche Regelung zu erlassen.

Denn alle Menschen verdienen ein sicheres Leben in menschenwürdigen Umständen. Egal woher sie kommen.

Unterstützt von:

Flüchtlingsrat Hamburg

AG Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg

Die Insel hilft e.V.

Hazara Volks- und Kulturverein

Fanclubsprecherrat des FC St. Pauli

Bündnis Stadt des Ankommens

Refugees Welcome Karoviertel

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.

Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg

Das Teemobil e.V.